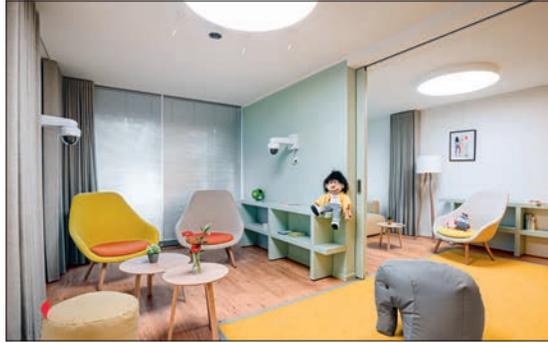


**Sexualisierte Gewalt**

# Interdisziplinäre Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche in Düsseldorf

Kinder und Jugendliche, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden, haben seit Mitte November am Universitätsklinikum Düsseldorf (UKD) eine interdisziplinäre und behördenübergreifende Anlaufstelle. Im „Childhood-Haus“ arbeiten Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten zusammen, um betroffene Kinder und Jugendliche im Rahmen des Ermittlungsverfahrens angemessen untersuchen, befragen und beraten zu können, wie die Uniklinik mitteilt. Sie betreibt das Childhood-Haus. Initiiert wurde das Zentrum von der World Childhood Foundation, die 1999 von Königin Silvia von Schweden ins Leben gerufen wurde. Das Haus ist das erste seiner Art in Nordrhein-Westfalen. Weitere Einrichtungen gibt es in Leipzig, Heidelberg und Berlin.

Das UKD setzt sich nach eigenen Angaben mit seiner Gewaltopfer-Ambulanz am Institut für Rechtsmedizin und der Kinderschutzgruppe der Kinderklinik bereits seit Jahren für die Opfer von Gewalt ein. Mit dem Childhood-Haus würden diese Projekte um einen wichtigen Baustein ergänzt, erklärte der Ärztliche Direktor des UKD, Professor Dr. Frank Schneider.



*Im Childhood-Haus sollen Kinder und Jugendliche, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden, in kindgerechter Umgebung untersucht und befragt werden.*

Foto: Universitätsklinikum Düsseldorf

Das Childhood-Haus ermögliche eine ganzheitliche forensische Beweisaufnahme und Vernehmung der Kinder, sagte die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Angela Erwin. Vor dem Hintergrund der jüngsten Missbrauchsfälle in Lügde, Bergisch Gladbach oder Münster arbeite die Justiz unter Hochdruck an Lösungen, um die Strafverfahren für Kinder erträglicher zu machen. **HK**

**Bundesärztekammer**

## Pandemierat konstituiert sich

Auf Initiative der Bundesärztekammer hat sich Mitte November ein ärztlicher Pandemierat konstituiert. Vertreter wissenschaftlich-medizinischer Fachgesellschaften und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wollen sich zur pandemischen Situation beraten und Handlungsempfehlungen für Bund und Länder formulieren. Separate Arbeitsgruppen sollen unter anderem eine Definition besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen und entsprechende Schutzkonzepte sowie Möglichkeiten und Grenzen von Corona-Testungen erarbeiten. Auch will der Pandemierat die psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie analysieren. Darüber hinaus würden auch Möglichkeiten zur Sicherstellung des Zugangs zur medizinischen Akutversorgung und zu notwendigen Vorsorgeleistungen diskutiert, teilte die Bundesärztekammer mit. **vl**

**Früherkennung**

# Das Jahr 1971 brachte viele Veränderungen

Mit einem Editorial der Schriftleitung auf der ersten Seite startet das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in der Ausgabe vom 8.

Januar 1971 ins neue Jahr. „Das kommende Jahr wird die Ärzteschaft vor neue große Aufgaben stellen.“ Dazu zählte die Einführung von Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern.

Auch die Krebsvorsorgeuntersuchungen bei Frauen ab 30 Jahren sowie bei Männern ab dem 45. Lebensjahr wurden Mitte 1971 in die kassenärztliche Versorgung

miteinbezogen. „Die niedergelassene Ärzteschaft muß in Zusammenwirken mit allen hierzu bereiten und geeigneten Kollegen zur Erfüllung dieses Zieles zusammenarbeiten“. Daneben hob die Schriftleitung die Öffnung der „sozialen Krankenversicherung für alle nicht versicherungspflichtigen Angestellten“ als Weichenstellung für die Zukunft hervor. „Das ‚Klassenlose Krankenhaus‘ als Schlagwort politisch und ideologisch hochgespielt, wird ohne Initiative der Ärzteschaft die Gemüter weiter verwirren.“ Das Schlagwort bezeichnete einen Vorschlag der SPD, in Krankenhäusern

die Möglichkeit der privaten Liquidation von Leistungen abzuschaffen und so eine gleiche Behandlung aller Patienten unabhängig von deren finanzieller Leistungsfähigkeit zu ermöglichen. Dagegen liefen die Ärztinnen und Ärzte Anfang der 1970-er Jahre Sturm. „Die freiberufliche Tätigkeit des Arztes im und am Krankenhaus zu gewährleisten, sollte nicht in das Land der Utopie verwiesen werden“, schrieb das *RÄ* und schloss das Editorial mit Blick auf die Aufgaben, die im Jahr 1971 auf die Ärzteschaft zukamen: „Alle Kollegen sind aufgerufen, mitzuwirken und mitzuarbeiten.“ **bre**

**RA** VOR 50 JAHREN